

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Schulausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 03.11.2025
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 16:07 Uhr
Sitzungsende: 18:27 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Wilhelm Janßen SPD

ordentliche Mitglieder

Frau Sylke Heilker CDU

Herr Tim Kammer CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Frau Anne Brandt SPD

Herr Dennis Eike SPD für Malte Pauels

Frau Silvia Heinemann SPD für Benjamin Dau ab 17:30 Uhr

Frau Monika Sager-Gertje SPD für Benjamin Dau bis 17:30 Uhr

Herr Andreas Rump B90/Grüne

Herr Dirk Bakenhus UWG bis 16:40 Uhr

Herr Jens Brünink UWG ab 16:40 Uhr

Herr Carsten Helms FDP

Frau Sonja Dieckmann Elternvertreterin

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Dr. Stephan Meyn

Frau Sabine Meyer

Herr Stefan Unnewehr

Frau Anneke Schipper

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr stv. BM Horst Segebade SPD

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Timo Merten parteilos

Herr Frank Jacob von der Northwest-Zeitung

sowie 46 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Benjamin Dau	SPD
Herr Malte Pauels	SPD
Frau Saskia Duin-Lay	Lehrervertreterin
Herr Simon Kobler	Schülervertreter

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.09.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Unterstützung der pädagogischen Arbeit an den Ganztagschulen
Vorlage: 2025/161
- 6 Aufwertung Schulhof Feldbreite - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 2025/134
- 7 Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2025/157
- 8 Anfragen und Hinweise
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen eröffnet die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 16:07 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 12 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Schulausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.09.2025

Der Schulausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 22.09.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Janßen weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfrage von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beziehungsweise Mitarbeitenden der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Anträge auf Ganztagschulbetrieb an den Grundschulen
- Umsetzung des Ganztagschulbetriebs zum 01.08.2026
- Informationen zur Umsetzung des Ganztagschulbetriebs
- Erstellung der pädagogischen Konzepte für den Ganztagschulbetrieb
- Abstimmung mit den Schulleitungen bezüglich der Antragstellung auf Ganztagschulbetrieb

Tagesordnungspunkt 5

Unterstützung der pädagogischen Arbeit an den Ganztagschulen Vorlage: 2025/161

Sitzungsverlauf:

Herr Janßen beantragt, Frau Knüppel, Schulleiterin der Grundschule Hahn-Lehmden, als Sprecherin der Grundschulleitungen in der Gemeinde Rastede zu diesem Tagesordnungspunkt als Sachverständige zu hören.

Seitens der Ausschussmitglieder wird diesem Antrag einvernehmlich zugestimmt.

Herr Janßen informiert, dass die Fraktionen zum Wochenende einen Brief von den Schulleitungen erhalten haben, der einen geänderten Beschlussvorschlag zum Inhalt hatte. Dieser Vorschlag wurde von den Fraktionen zum Anlass genommen, fraktionsübergreifend einen tragfähigen Lösungsvorschlag zu erarbeiten, der im weiteren Verlauf der Sitzung vorgestellt werden soll.

Frau Meyer stellt im Anschluss anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die wesentlichen Inhalte der Beratungsvorlage vor, wobei sie insbesondere auf die rechtliche Situation, die verschiedenen Zuständigkeiten und die Umsetzungsvorschläge eingeht. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass das Land Niedersachsen bewusst keine konkreten Vorgaben zum Ganztag macht, um die Finanzierung nicht übernehmen zu müssen (Konnexität), sodass die Kommunen als Schulträger landesweit zu "Ausfallbürgen des Landes" werden. Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, dass das Land in Gesprächen beziehungsweise in Schreiben zum Ausdruck gebracht hat, dass unter anderem auch keine Mensen vorgehalten werden müssen. Dessen ungeachtet ist es jedoch langfristiges Ziel der Gemeinde, dass alle Schulen eine Mensa erhalten, um ein warmes Mittagessen anbieten zu können. Darüber hinaus ist vorgesehen, basierend auf dem vorhandenen Personalbudget für die derzeitigen Horte in Höhe von rund 800.000 Euro (entsprechend 16 Hortkräften), jeder Grundschule eine pädagogische Kraft zur Verfügung zu stellen und den Rest des Budgets (ca. 500.000 Euro) an die Schulen zur selbstständigen Verwaltung (z. B. für Kooperationen mit Vereinen, Bundesfreiwilligendienstleistende oder weiteres pädagogisches Personal) zu geben.

Herr Janßen stellt nachfolgend den fraktionsübergreifend vorbereiteten Änderungsantrag.

- 1) *Jede Grundschule der Gemeinde Rastede wird in der Ganztagschule durch die Zurverfügungstellung von zusätzlichem pädagogischem Personal (eine Kraft je Schule) unterstützt. Die Zuständigkeit der Essensausgabe liegt bei der Gemeinde.*
- 2) *Zusätzlich erhalten alle Grundschulen für den Ganztagsbereich ein Budget, welches die Gemeinde als Drittmittel den Schulen zur selbstständigen Verwaltung zur Verfügung stellt, damit die Schulen beispielsweise Kooperationen mit Vereinen eingehen, aber auch pädagogisches Personal oder Bundesfreiwilligendienstleistende einstellen können.*

- 3) *Die Festlegung des Budgets erfolgt in Abhängigkeit von der jeweiligen Gesamtschülerzahl jeder einzelnen Schule im Ganztags im Rahmen eines Gesamtvolumens von maximal 800.000 Euro abzüglich des von der Gemeinde zur Verfügung gestellten pädagogischen Personals je Schule (vgl. Punkt 1).*
- 4) *Für die Essensausgabe wird seitens der Verwaltung eine adäquate Übergangslösung erarbeitet. Parallel dazu wird im Rahmen des Phase-Null-Prozesses das Raumkonzept inklusive konkreter Zeitplanung erarbeitet.*
- 5) *Da die Zurverfügungstellung von Personal und Drittmitteln eine freiwillige Leistung der Gemeinde Rastede ist, erfolgt eine entsprechende Reduzierung des finanziellen Gesamtvolumens, wenn das Land Niedersachsen die Rahmenbedingungen zur Finanzierung des Ganztags verändert.*

Frau Knüppel beanstandet die mangelnde Einbindung der Schulleitungen in den nunmehr seit drei Jahren laufenden Prozess und kritisiert beispielhaft, dass der Antrag auf Ganztagschule ohne Absprache mit den Schulleitungen oder Schulvorständen bei der Landesschulbehörde gestellt wurde. Darüber hinaus fehlen konkrete Lösungen für brennende Fragen, wie die Nutzung von Hortmaterialien, das Raumkonzept oder die Essensausgabe. Sie warnte eindringlich davor, dass der Ganztags zu einer reinen "Aufbewahrungsstätte" degradiert wird, indem die Kinder bis zu zwei Drittel ihrer Wachzeit in einem einzigen Klassenraum verbringen müssen, ohne Rückzugsorte zu haben. Sie spricht sich dafür aus, ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot mit pädagogischen Fachkräften einzurichten, das adäquate Essensbereiche (Mensen) und Rückzugsorte beinhaltet, sodass eine individuelle Förderung der Kinder auch in Zukunft ermöglicht werden kann.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass die Gemeinde Rastede mit ihrem Vorschlag der personellen und finanziellen Unterstützung eine Vorreiterrolle im Land einnimmt, was andernorts in Niedersachsen nicht üblich ist, da die Finanzierung eigentlich Aufgabe des Landes ist. Darüber hinaus werden die noch offenen, sicherlich auch komplexen Fragen zeitnah im Phase-Null-Prozess bearbeitet und tragbare Lösungs- und Umsetzungsvorschläge unterbreitet. Beispielsweise ist in diesem Prozess zunächst vorgesehen, kurzfristige Ziele (z. B. Übergangslösungen für das Essen) anzugehen, bevor anschließend mittel- bis langfristige Ziele (z. B. Mensabau) verfolgt werden.

Herr Alexander von Essen lobt die vorgesehene Übernahme freiwilliger Leistungen im Zusammenhang mit dem Ganztagsschulbetrieb durch die Gemeinde Rastede, obwohl die Zuständigkeiten in erster Linie beim Bund und Land liegen. Dessen ungeachtet stellt er jedoch fest, dass es bei der Kommunikation „noch Luft nach oben“ gibt und ein anderer Ton im Umgang mit den Schulleitungen angezeigt wäre. Im Übrigen sollten Rat und Verwaltung froh sein, die Schulleitung an ihrer Seite zu haben, um das Wissen über die Umsetzung des Ganztags in den Schulen nutzen zu können.

Frau Brandt signalisiert, dass die SPD-Fraktion den neuen Beschlussvorschlag inhaltlich voll zustimmen kann, jedoch in den nächsten Wochen und Monaten noch sehr viele Details zu klären sind. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass in dem gerade gestarteten Phase-Null-Prozess die offenen Fragen geklärt und Lösungen aufgezeigt werden können, aber den Beteiligten auch klar sein muss, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Herr Helms kritisiert, dass in der Debatte ein sogenannter Whataboutism stattfindet, bei dem die Verwaltung die berechtigte Kritik an der fehlenden Absprache mit dem Verweis auf ihre finanziellen Vorleistungen zu entkräften versucht. Er fordert, die Schuldzuweisungen zu beenden und stattdessen konkrete Maßnahmen in Form von gemeinsam mit den Schulleitungen erarbeiteten Anträgen und Konzepten zu ergreifen.

Herr Brünink äußert die Erwartungshaltung, dass das Budget ohne „rechtliche Fallstricke“ für die Schulen sichergestellt wird und das Raumkonzept mit konkreter Zeitplanung im Phase-Null-Prozess unbedingt mit den Schulvorständen abgestimmt und abgesegnet werden muss.

Frau Dieckmann beanstandet, dass der Beschlussvorschlag nur eine "adäquate Übergangslösung" für die Essensausgabe vorsieht, sodass zu befürchten ist, dass dies auf Essen im Klassenraum hinausläuft.

Frau Schipper bemerkt, dass sie bereits einen Blick in die Entwürfe des Büros „Trapez“ werfen konnte, wobei Übergangslösungen aufgezeigt wurden, die nicht auf ein Essen im Klassenraum hinauslaufen.

Frau Dieckmann wirft die Frage auf, warum die Festlegung der Budgethöhe von den Schülern "im Ganztage" abhängig gemacht wird (Punkt 3 des Beschlussvorschlags) Vorlage), da dies aufgrund der wöchentlich variierenden Zahlen die Planbarkeit der Schulen erschwert. Sie regt auf Vorschlag von Frau Grundmann (Schulleitung Grundschule Kleibrok) an, die Berechnung auf Basis der Gesamt-Schülerzahl jeder einzelnen Schule (Klasse 1 bis 4) vorzunehmen, um Planungssicherheit und eine faire Verteilung gewährleisten zu können.

Frau Brandt beantragt eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung, um den vorgebrachten neuen Gesichtspunkt fraktionsübergreifend erörtern zu können.

Seitens der Ausschussmitglieder wird der Antrag einvernehmlich befürwortet.

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen gibt nach der Sitzungsunterbrechung zu verstehen, dass im Beschlussvorschlag unter Punkt 3 der Zusatz „im Ganztage“ gestrichen und eine Stichtagsregelung mit aufgenommen werden soll. Sodann formuliert er nachfolgenden neuen Beschlussvorschlag:

- 1) *Jede Grundschule der Gemeinde Rastede wird in der Ganztagesschule durch die Zurverfügungstellung von zusätzlichem pädagogischem Personal (eine Kraft je Schule) unterstützt. Die Zuständigkeit der Essensausgabe liegt bei der Gemeinde.*
- 2) *Zusätzlich erhalten alle Grundschulen für den Ganztagebereich ein Budget, welches die Gemeinde als Drittmittel den Schulen zur selbstständigen Verwaltung zur Verfügung stellt, damit die Schulen beispielsweise Kooperationen mit Vereinen eingehen, aber auch pädagogisches Personal oder Bundesfreiwilligendienstleistende einstellen können.*
- 3) *Die Festlegung des Budgets erfolgt in Abhängigkeit von der jeweiligen Gesamtschülerzahl jeder einzelnen Schule im Rahmen eines Gesamtvolumens von*

maximal 800.000 Euro abzüglich des von der Gemeinde zur Verfügung gestellten pädagogischen Personals je Schule (vgl. Punkt 1). Es erfolgt eine Stichtagsregelung und eine spätere Evaluation.

- 4) Für die Essensausgabe wird seitens der Verwaltung eine adäquate Übergangslösung erarbeitet. Parallel dazu wird im Rahmen des Phase-Null-Prozesses das Raumkonzept inklusive konkreter Zeitplanung erarbeitet.*
- 5) Da die Zurverfügungstellung von Personal und Drittmitteln eine freiwillige Leistung der Gemeinde Rastede ist, erfolgt eine entsprechende Reduzierung des finanziellen Gesamtvolumens, wenn das Land Niedersachsen die Rahmenbedingungen zur Finanzierung des Ganztags verändert.*

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen lässt abschließend über den vorgetragenen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

- 1) Jede Grundschule der Gemeinde Rastede wird in der Ganztagschule durch die Zurverfügungstellung von zusätzlichem pädagogischem Personal (eine Kraft je Schule) unterstützt. Die Zuständigkeit der Essensausgabe liegt bei der Gemeinde.*
- 2) Zusätzlich erhalten alle Grundschulen für den Ganztagsbereich ein Budget, welches die Gemeinde als Drittmittel den Schulen zur selbstständigen Verwaltung zur Verfügung stellt, damit die Schulen beispielsweise Kooperationen mit Vereinen eingehen, aber auch pädagogisches Personal oder Bundesfreiwilligendienstleistende einstellen können.*
- 3) Die Festlegung des Budgets erfolgt in Abhängigkeit von der jeweiligen Gesamtschülerzahl jeder einzelnen Schule im Rahmen eines Gesamtvolumens von maximal 800.000 Euro abzüglich des von der Gemeinde zur Verfügung gestellten pädagogischen Personals je Schule (vgl. Punkt 1). Es erfolgt eine Stichtagsregelung und eine spätere Evaluation.*
- 4) Für die Essensausgabe wird seitens der Verwaltung eine adäquate Übergangslösung erarbeitet. Parallel dazu wird im Rahmen des Phase-Null-Prozesses das Raumkonzept inklusive konkreter Zeitplanung erarbeitet.*
- 5) Da die Zurverfügungstellung von Personal und Drittmitteln eine freiwillige Leistung der Gemeinde Rastede ist, erfolgt eine entsprechende Reduzierung des finanziellen Gesamtvolumens, wenn das Land Niedersachsen die Rahmenbedingungen zur Finanzierung des Ganztags verändert.*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Aufwertung Schulhof Feldbreite - Antrag der SPD-Fraktion Vorlage: 2025/134

Sitzungsverlauf:

Frau Heinemann betritt um 17:30 Uhr den Sitzungssaal und nimmt im weiteren Verlauf für Frau Sager-Gertje als stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses an der Beratung teil.

Frau Brandt stellt eingangs noch einmal den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion vor, wobei sie insbesondere darauf hinweist, dass die beantragte Multifunktions-sportanlage vielfältig tagsüber genutzt werden kann und die vorgesehene Kunststoff-oberfläche mit dazu beitragen kann, den Sandeintrag in die Schule zu reduzieren.

Frau Dieckmann begrüßt den Antrag, hält den Vorschlag der Verwaltung, ihn nur im Rahmen des laufenden Phase-Null-Prozesses zu betrachten, jedoch für zu schwammig. Sie befürchtet, dass das Thema "im Sand verläuft", sodass sie vorschlägt, die Maßnahme für das neu aufgelegte Förderprogramm zur Sanierung kommunaler Sportstätten vorzusehen.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass der Antrag bewusst in den Phase-Null-Prozess mit eingebunden werden soll, um mit allen Betroffenen eine Priorisierung aller vorgeschlagenen Maßnahmen vornehmen zu können.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird im Rahmen des laufenden Phase-Null-Verfahrens mit betrachtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan Vorlage: 2025/157

Sitzungsverlauf:

Frau Schipper stellt zu Beginn der Beratung für den Geschäftsbereich 2 anhand einer Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift) die wesentlichen Produkte Grundschule (GS) Feldbreite, GS Hahn-Lehmden, GS Kleibrok, GS Leuchtenburg, GS Loy und GS Wahnbek sowie KGS Rastede und Förderschule am Voßbarg vor.

Herr Unnewehr stellt anschließend anhand einiger Folien für den Geschäftsbereich 1 die Plandaten für die Liegenschaftsverwaltung dar. Hierbei weist er unter anderem darauf hin, dass die Mittelanmeldungen zur Umsetzung des Schulentwicklungskonzeptes (u. a. Mensen an den Grundschulen) noch fehlen und sobald entsprechende Ergebnisse vorliegen, in einem Nachtragshaushalt im Frühjahr 2026 nachgetragen werden sollen. Im Übrigen bemerkt er hinsichtlich der Bewirtschaftungskosten, dass stetig neue Liegenschaften hinzukommen, die zusätzliche Kosten in den Bereichen Strom, Gas, Gebäudereinigung sowie Trink- und Abwasser verursachen. Die einzelnen Folien hierzu sind als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Schulausschusses einzelne Positionen durch. Es werden einige Verständnisfragen zu einzelnen Positionen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

Schulentwicklung KGS

Herr Rump zeigt sich verwundert darüber, dass die vor sechs Monaten im Haushaltsplan mehrheitlich beschlossenen Investitionsansätze für die KGS Rastede (2026: 500.000 Euro; 2027: 750.000 Euro; 2028: 1 Mio. Euro) jetzt nicht mehr vorgesehen sind. Er bewertet dieses Vorgehen als fatales Signal an die KGS und regt an, die entsprechenden Ansätze wieder aufzunehmen.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass die früheren Beträge lediglich Platzhalter waren und bislang fraktionsübergreifend die Vorgehensweise mitgetragen wurde, zunächst die Ergebnisse des Phase-Null-Prozesses abzuwarten und die Platzierung der tatsächlichen Kosten im Nachtragshaushalt 2026 zu verankern.

Mittelanmeldungen der Schulen

Herr Kammer bittet darum, wie in den Vorjahren auch in diesem Jahr die Mittelanmeldungen der Schulen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Trinkwasserspender an den Grundschulen

Auf Nachfrage von Frau Dieckmann erläutert Frau Meyer, dass wie im jüngsten Schulausschuss berichtet, im Haushaltsplan 2026 für alle Grundschulen in der Gemeinde Rastede Trinkwasserspender vorgesehen sind.

Beschluss:

Der erste Haushaltsentwurf 2026 wird auf Grundlage der Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales am 06.10.2025 zur Kenntnis genommen. Der Entwurf wird unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Schulausschusses zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales (01.12.2025) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Anfragen und Hinweise

Elternvertreter im Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales

Herr Rump erkundigt sich, warum der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf eine ständige Vertretung eines Gemeindeelternratsvertreters im Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales am 10.11.2026 nicht berücksichtigt wurde.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass der Antrag entsprechend der NKomVG keiner Vorbereitung im Fachausschuss bedarf und direkt in der nächsten Ratssitzung behandelt wird.

Tagesordnungspunkt 9

Einwohnerfragestunde

Herr Janßen weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfrage von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beziehungsweise Mitarbeitenden der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Personelle Ausgestaltung des Ganztags schulbetriebs
- Anspruch auf Ganztags beschulung für alle Jahrgänge
- Reinigung der Schultoiletten
- Ferienbetreuung für Grundschüler
- Betreuungszeiten im Ganztags schulbetrieb

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses um 18:27 Uhr.